Metall- und Elektro-Industrie befürchtet dauerhafte Belastungen

18.03.22

Metall- und Elektro-Industrie befürchtet dauerhafte Belastungen

Unternehmensumfrage zu Auswirkungen von Krieg und Sanktionen

Die wirtschaftlichen Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges sind für die Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) sehr deutlich zu spüren: 69 Prozent aller Unternehmen erwarten Kostensteigerungen im Einkauf. Knapp die Hälfte rechnet mit spürbaren Einbußen bei Umsatz und Gewinnen. Dabei konnte jedes dritte Unternehmen aufgrund der extremen Unsicherheit noch gar keine Prognose abgeben. Das ergab eine bundesweite Blitzumfrage von Gesamtmetall unter den Mitgliedsunternehmen der Arbeitgeberverbände der M+E-Industrie.

Während fast die Hälfte der Unternehmen mit russischen Kunden bereits ihre Exporte gestoppt hat, ist die Suche nach neuen Lieferanten deutlich schwieriger. Aus Russland, der Ukraine und Belarus kommen viele Rohstoffe und Vorleistungen, die in der deutschen M+E-Industrie weiterverarbeitet werden. Wenn diese nicht geliefert werden können, ist die gesamte Wertschöpfungskette gestört. Besonders kritisch ist die Situation bei Eisen und Stahl sowie Metallen. Zudem hängen

Produktionsstätten sehr stark von Energieimporten aus Russland ab.

Zwei Drittel der Unternehmen, die Lieferungen aus der betroffenen Region erhalten, berichten über Engpässe. 18 Prozent müssen bereits die Produktion einschränken. Kurzfristig ist auch nicht mit alternativen Lösungen zu rechnen: 38 Prozent der betroffenen Unternehmen erwarten, ausbleibende Lieferungen schwer bis überhaupt nicht ersetzen zu können. Viele Rohstoffe und Vorleistungen waren bereits vor dem Krieg auf den Weltmärkten knapp und haben sich infolgedessen nochmals massiv verteuert.

Die Probleme wirken sich auf die gesamte Branche aus: 20 Prozent aller M+E-Firmen sehen bereits Beeinträchtigungen im globalen Wettbewerb, jedes dritte Unternehmen davon sogar dauerhaft. 23 Prozent sehen sich - überwiegend bei einem intensivierten Konflikt - als wirtschaftlich gefährdet an. Trotz der hohen Betroffenheit wollen die M+E-Unternehmen ihre Belegschaften weit überwiegend halten, wobei derzeit 20 Prozent mit Kurzarbeit planen müssen.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander: "Diese Umfrage ist eine aktuelle Bestandsaufnahme. Was sich im Falle einer Verschärfung des Krieges, von weitergehenden Sanktionen oder durch Zweitrundeneffekte, etwa durch hohe Inflation, an Auswirkungen ergäbe, ist überhaupt nicht abzusehen. Die Folgen eines Energie- und Rohstoffembargos wären aber definitiv dramatisch und schon jetzt droht der M+E-Industrie eine massive Kostenexplosion und ein erneutes Rezessionsjahr."

Unterstützungsmöglichkeiten durch die Politik sehen die Unternehmen vor allem beim Abbau von Energiesteuern und -abgaben und bei der Versorgungssicherheit im Energiebereich.

An der Umfrage haben im Zeitraum von 4. bis 10. März 2022 1.376 Unternehmen der Metall- und Elektro-Industrie mit 767.460 Beschäftigten teilgenommen. Das sind rund 20 Prozent aller in den Mitgliedsverbänden von Gesamtmetall organisierten Unternehmen mit 31 Prozent aller Beschäftigten in den Mitgliedsunternehmen bzw. 19 Prozent aller Beschäftigten in der M+E-Industrie insgesamt.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Download

Ergebnisse der Blitzumfrage für die Metall- und Elektro-Industrie: Wirtschaftliche Auswirkungen des Russland-Ukraine-Krieges

Download (PDF, 210 KB)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] vme-net.de

Download VCF